Zeitschrift: Protar

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 24 (1958)

Heft: 11-12

Artikel: Indirekte Verteidigung : der Auftrag der deutschen Bundeswehr

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-363798

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Indirekte Verteidigung — der Auftrag der deutschen Bundeswehr

—*th.* Die dauernde Beurteilung der militärpolitischen Lage in der Welt und aller Tendenzen der modernen Waffenentwicklung ist eine der Voraussetzungen, um unsere eigene Landesverteidigung auf der Höhe ihrer Aufgabe zu halten und weit vorausblickend als Instrument der bewaffneten Neutralität zu schärfen. Dazu gehört im Blickfeld unseres Horizontes auch die Verfolgung der Entwicklung bei unseren Nachbarn. Unter diesen Ländern verdienen die Bundesrepublik Deutschland und Oesterreich ganz besondere Beachtung, befindet sich doch in beiden Ländern eine neue und moderne Armee im Aufbau. Nachdem bei uns da und dort, nach den gemachten Erfahrungen zuweilen nicht ganz unberechtigt, die Aufstellung einer neuen deutschen Armee — eine Tatsache, die bei gründlicher Beurteilung der Entwicklung der alle vertraglichen Abmachungen in den Wind schlagenden Politik Moskaus zu verdanken ist — mit gewissen Bedenken verfolgt wird, dürfte daher eine kurze Zusammenfassung über den eigentlichen Auftrag der Bundeswehr von besonderem Interesse sein.

Die Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik und ihrer Bündnispartner in der Nato haben in der heutigen Situation nur das Ziel, einen Krieg zu verhindern. Dieses Prinzip der «indirekten Verteidigung» verlangt eine solche Stärke der Streitkräfte der NATO, dass ihre Existenz — gestützt auf den entschiedenen Verteidigungswillen der Völker — jedem Friedensstörer das tödliche Risiko eines Angriffs drastisch vor Augen führt und ihn von jeder Aggression abhält.

Diese Bemühungen der Nato können auch von den Staaten des Warschauer Paktes nicht als Bedrohung empfunden werden: Sie basieren auf dem Geist und dem Inhalt der Verträge einer Allianz, die rein defensiven Charakter hat. Die Streitkräfte der Nato bereiten sich also für einen Fall militärischer Auseinandersetzungen vor, damit dieser Fall *nicht* eintritt. Sie werden dieses Ziel jedoch nur erreichen, wenn sie nach Führung und Organisation, Ausrüstung und Bewaffnung den Anforderungen gewachsen sind, die ihnen ein modern gerüsteter Gegner im Ernstfall abverlangen könnte.

Das Prinzip der «indirekten Verteidigung» wird nur so voll wirksam und uns den Frieden erhalten. Es stellt den Soldaten vor die anscheinend paradoxe Situation, seinen Beruf voll zu beherrschen, in dem entschiedenen Wunsch, ihn niemals ausüben zu müssen. Der Soldat muss heute mit dieser, dem Atomzeitalter eigenen Spannung zwischen Verteidigungsbereitschaft und Friedenswillen in sich fertig werden.

Verhandlungsfreiheit für ein Abrüstungsabkommen

Die Wirksamkeit moderner Kampfmittel zwingt alle Verantwortlichen, das friedenerhaltende «Gleichgewicht des Schreckens» durch eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung zu ersetzen. Die Freiheit der dazu notwendigen Verhandlungen muss jedoch durch einen Rüstungsstand gesichert werden, der eine ultimative Politik des möglichen Gegners ausschliesst.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind, fast ausschliesslich ausgelöst durch direkte und indirekte Aggressionen der Sowjetunion, mehrere Kriege alle mit rein konventionellen Waffen geführt worden. Es ist jedoch zweifelhaft, ob sich ein möglicher Angreifer im militärisch-geographisch so wichtigen Europa eine derartige Begrenzung in der Wahl seiner Mittel auferlegt. Eine verantwortungsbewusste militärische Planung muss auch mit dem Einsatz moderner Kampfmittel rechnen.

Reden sowjetischer Politiker und Generale — unterstützt von einer fortschreitenden atomaren Bewaffnung der Roten Armee auch im taktischen Bereiche — lassen kaum einen Zweifel darüber, dass auch bei sogenannten lokalen Konflikten die Sowjetunion nicht darauf verzichten wird, ihre stärksten Waffen einzusetzen. Nur die Gewissheit, dass der Angegriffene mit gleich starken Mitteln zurückschlägt, wird sie von einer Aggression zurückhalten. Hierdurch ist bis zu diesem Tage dank der Existenz der Nato der Frieden für die Bündnispartner erhalten worden.

Die «Schwert- und Schild»-Konzeption

Eine wirksame Verteidigung kann heute ein Staat von der Grösse und dem Potential der Bundesrepublik nicht mehr allein aufbauen. Die Entwicklung der Technik und auch die für den Aufbau einer modernen Verteidigung notwendigen Kosten machen den Gedanken einer rein nationalen Verteidigung zu einem Anachronismus. Diese Erkenntnis hat in der Nato zu einer weitgehenden militärischen Aufgaben- und Arbeitsteilung geführt, die in der Bezeichnung «Schwert und Schild» für die Verteidigungskonzeption zum Ausdruck kommt.

Das «Schwert» bilden die schweren Bomberverbände und die Kern- und Fernwaffen der USA und Grossbritanniens. Mit ihm wird im Aggressionsfall der strategische Gegenschlag geführt.

Der «Schild» besteht aus den Land-, Luft-, und Seestreitkräften der Nato in Europa. Er deckt die vordersten Einsatzbasen und vor allem vorgestaffelte Radareinrichtungen, die den rechtzeitigen und wirkungsvollen Einsatz der Schwertkräfte erst ermöglichen.

Bei dieser Aufgabenteilung sichern die Schildkräfte, zu denen fast die gesamte Bundeswehr gehört, zugleich wirksam den Raum der Bundesrepublik. Angesichts der Möglichkeit örtlicher Uebergriffe wäre es leichtfertig, sich allein auf die abschreckende Kraft des «Schwertes» zu verlassen. Der Schild muss selbst stark genug sein, einem Angreifer das Risiko bei örtlichen Aktionen vor Augen zu führen.

Solange die Sowjetunion schon mit ihren konventionell bewaffneten Streitkräften dem Westen weit überlegen ist und die Unterstützung dieser Streitkräfte durch modernste Waffen mit Sicherheit angenommen werden muss, ist eine entsprechende Ausbildung und Bewaffnung der Schildstreitkräfte unerlässlich. Andernfalls wären sie unfähig, den örtlichen Uebergriffen erfolgreich entgegenzutreten.

«Abgestufte Abschreckung»

Mit dieser entscheidenden Verstärkung der Abwehrkraft der Nato-Schildstreitkräfte soll erreicht werden, dass nicht jede örtliche Kampfhandlung infolge unzureichender Abwehrmittel in der eigentlichen Kampfzone sofort zur weltweiten Auseinandersetzung mit *allen* Kampfmitteln führt. Im Falle eines lokalen Konfliktes besteht so in der Anfangsphase genügend politische und militärische Bewegungsfreiheit, um die Ausweitung des Konfliktes zu verhindern.

Damit verlässt die Nato sich nicht mehr allein auf die abschreckende Wirkung der Schwertkräfte, deren Einsatz zwangsläufig den weltweiten Krieg zur Folge hätte. Sie baut auch auf die verstärkte Wirkung der Schildstreitkräfte, die ein glaubhaftes Risiko bei beabsichtigten örtlichen Uebergriffen darstellt («Abgestufte Abschreckung»).

Ausrüstung mit Doppelzweckwaffen

Militärisch ist es unerlässlich, Führung, Ausbildung und Bewaffnung der Nato-Streitkräfte zu koordinieren. Der Verzicht auf moderne Ausbildung und Bewaffnung *eines* Partners gefährdet die Verteidigungskraft der Nato im ganzen, ja sogar ihre Existenz. Die Stärke einer Kette richtet sich nach ihrem schwächsten Glied!

Diesen Notwendigkeiten trägt die grundsätzliche Erklärung der Regierungschefs aller Nato-Staaten vom Dezember 1957 Rechnung:

— Die USA stellen dem Nato-Oberbefehlshaber in Europa Mittelstreckenraketen zur Verfügung, deren Stationierung im Einvernehmen mit den nationalen Regierungen festgelegt wird. Abschussbasen für Raketen dieser Art werden in der Bundesrepublik nicht errichtet.

— Die USA legen einen Vorrat von Atomsprengköpfen in Europa an, über den sie allein verfügen. Diese Atommunition wird also den Bündnispartnern erst im Ernstfall zur Verfügung stehen. Das bedeutet aber, dass die Nato-Schildstreitkräfte zu diesem Zeitpunkt über die entsprechenden Einsatzmittel und ausgebildete Bedienungen verfügen müssen.

Die Bundesrepublik steht also vor der Notwendigkeit, Einsatzmittel — sogenannte Doppelzweckwaffen —, aus denen konventionelle und atomare Munition verschossen werden kann, in der Bundeswehr einzuführen, damit die Truppe sich mit ihrem Gebrauch vertraut macht. Vor allem handelt es sich dabei um Raketen mit begrenzter Reichweite, mit denen man — wie es auch mit jedem Flugzeug möglich ist — notfalls Atommunition ins Ziel bringen kann.

Die Ausbildung an Doppelzweckwaffen ist für deutsches Personal in den USA vor kurzem angelaufen. Sie wird 1½ bis 2 Jahre dauern. Erst dann wird die «atomare Bewaffnung» der Bundeswehr — wie der geschilderte Vorgang verallgemeinernd bezeichnet wird — akut. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die internationalen Bemühungen um eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung durch eine Ausrüstung der Bundeswehr mit modernen Waffen also nicht erschwert. Diese Bemühungen müssen die Atomgefahr bannen und gleichzeitig auch zu einem Ausgleich der konventionellen Kräfte führen.

Die Bundesrepublik hat sich wiederholt bereiterklärt, jedem Abrüstungsabkommen der Grossmächte uneingeschränkt zuzustimmen. Genau so hält sie den vertraglich festgelegten Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen in vollem Umfang aufrecht. Der Bundesrepublik kann jedoch nicht zugemutet werden, *einseitig* auf moderne Verteidigungswaffen zu verzichten, wenn die entsprechenden Waffen des Angreifers nicht gleichwertig sind und damit Sicherheit und Frieden gefährden. Ein solcher Verzicht ist nicht zu verantworten.

ZIVILSCHUTZ

Probleme des Zivilschutzes — Das Wasser als Mittel zur Brandbekämpfung im Kriegsfalle

Studie von Inspektor Scheidegger, Abteilung Luftschutz, EMD[1]

Kriegserfahrungen

Die Kriegserfahrungen aus England und namentlich aus Deutschland lehren uns mit aller Deutlichkeit, dass dem Wasser als Mittel zur Brandbekämpfung im Kriegsfalle, das heisst bei Angriffen auf Ortschaften, allergrösste Bedeutung zukommt. Von den entstandenen Personen- und Sachschäden sind gemäss sorgfältiger Auswertungen rund 65 Prozent durch das Feuer entstanden. Die Ausmasse des Feuers nahmen dabei unvorstellbare Grössen an. Es entstunden nicht nur gleichzeitig eine grosse Zahl von Einzelbränden, sondern diese vereinigten sich zu Flächenbränden, verbunden mit Feuerstürmen auf Flächen von mehreren Quadratkilometern. Diese Flächenbrände entstanden immer dann, wenn es nicht gelang, die einzelnen Brände an der Quelle, das heisst *bereits im Haus,* niederzukämpfen. Der Bedarf an Löschwasser wuchs in riesige Mengen, zum Beispiel wurden zur Bekämpfung der Bombardierungsbrände in Schaffhausen im Jahre 1944 zweiundfünfzig Strahlrohre eingesetzt, bei dem Grossbrand der City von London im Jahre 1940 schätzungsweise sechstausend Strahlrohre.

[1] Aus: «Schweizer Journal», August/September 1958, mit freundlicher Bewilligung von Verfasser und Verlag.